

Hör auf zu brüllen, U-Bahn is nich!



linkes Bündnis DORTMUND

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

c/o Oesterholzstraße 27, 44145 Dortmund
Im Internet: www.linkes-buendnis-dortmund.de

Achtung: Wiederauflage !

Im Original haben wir dieses Flugblatt 2005 verteilt! Nach langen Kämpfen und nur "zur Probe" beschloss der Rat der Stadt 2008 ein 15-€-Ticket. Nun soll es teurer gemacht oder ganz gestrichen werden - Sozialabbau 2010! Wir sagen nein – das Sozialticket muss sein!

Für einen Null-Tarif bei Bus und Bahn! **Schluss mit der Ausgrenzung Arbeitsloser und Armer in unserer Stadt!** **Ausweitung des "Dortmund-Passes" auf den ÖPNV in Dortmund!**

Als Ende des Jahres 2004 Pläne der Verwaltung bekannt wurden, den bisher existierenden "Dortmund-Pass" für Arbeitslose und Einkommensschwache abzuschaffen, gab es Protest. Seitens der herrschenden Politik sollte offensichtlich versucht werden, die Zeit der Umsetzung von Hartz IV auch für weitere, kommunale Maßnahmen des Sozialabbaus zu nutzen.

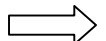
Der "Dortmund-Pass" wurde in den 80er Jahren nach zahlreichen Aktionen und Protesten eingeführt und sollte kleine kommunale Vergünstigungen für Dortmunder ermöglichen, die kein Geld haben, die arm sind. Konkret: Kostenloser Eintritt für Westfalenpark, Zoo und Tropenhäuser im Botanischen Garten, ermäßigter Eintritt (50%) für Theater und Bibliotheken, Ermäßigung bei VHS, Musikschule und Dietrich-Keuning-Haus, auch Schwimmen in Dortmunder Hallenbädern wurde für Erwachsene etwas billiger, für Kinder und Jugendliche kostenlos. Für den "Dortmund-Pass" berechtigt waren Sozialhilfeempfänger und Personen, die bis zu 10% mit ihrem "Einkommen" über dem Sozialhilfesatz lagen. Offiziell gab es im Jahr 2003 36.526 Sozialhilfeempfänger in Dortmund.

Mit dem "Dortmund-Pass" änderte sich für die Armen dieser Stadt so gut wie nichts. Sie blieben arm, arbeitslos, aus dem gesellschaftlichen Leben der Stadt ausgegrenzt. Kino, Kneipe, Restaurant, Fahrten und vieles andere war auch mit dem

"Dortmund-Pass" nicht möglich. Vor allem aber wurde eine zentrale Forderung von Arbeitsloseninitiativen, Sozialhilfegruppen, Gewerkschaften und linken Parteien ignoriert: Null-Tarif für die Benutzung von Bus und Bahn durch Arbeitslose und Verarmte! Mit dieser Maßnahme sollte der Ausgrenzung Arbeitsloser und Armer aus dem gesellschaftlichen Leben entgegengewirkt werden. Sie sollten am Leben der Stadt, an Bildung, Kultur und Freizeit teilnehmen können und nicht in den eigenen vier Wänden festgehalten werden.

Faktisch war und ist die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, und damit die Wahrnehmung des Rechts auf Mobilität, für die meisten Arbeitslosen und Arme unerschwinglich. Die Tarife öffentlicher Verkehrsmittel wurden über die Jahre erhöht, die Lage Arbeitsloser und Einkommensschwacher durch Absenken der Sozialleistungen ständig schlechter. Dass ihre Zahl in Dortmund und auch bundesweit wuchs, war auch das Ergebnis herrschender Politik von CDU/SPD/FDP und Grünen. Für sie war und ist die oberste Maxime die "Standortförderung" für Unternehmen und Konzerne.

2 Monate nach Inkrafttreten von "Hartz IV" ist die Situation vieler Menschen schlechter als je zuvor: 51.857 Menschen in Dortmund sind offiziell arbeitslos, die Arbeitslosenquote hat einen Rekord von 18,9 % erreicht, bundesweit werden offiziell über 5.200.000 Arbeitslose gezählt.



Gleichzeitig können die DAX-30-Unternehmen mit einem Gewinn von über 62 Milliarden Euro für das Jahr 2004 abschließen.

Höchste Zeit also - sollte man meinen - für eine grundsätzliche Richtungsänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Weit gefehlt! Wie bei einem Wettbewerb von Schönrednern und Illusionisten erklären die Politiker von SPD/Die Grünen/FDP und CDU, die staatstragenden Wirtschaftsinstitute und Medien die Misere von Millionen Arbeitslosen und deren Angehörigen damit, dass es statistische Mängel gebe, die Kommunen zu viele Menschen als "arbeitsfähig" gemeldet hätten, die beschlossenen "Sozialreformen" noch nicht griffen und weitere radikale Maßnahmen des Sozialabbaus kommen müssten. Die Bundesagentur für Arbeit erklärt die seit Jahrzehnten höchste Arbeitslosigkeit in der BRD unter anderem mit schlechtem Wetter, dem "schneereichen Winter". Es wäre eine Lachnummer, ginge es nicht um die hoffnungslose Lebenssituation von Millionen Arbeitsloser und künftig Arbeitsloser!

An dieser ganzen Misere ändert auch kein "Dortmund-Pass", auch kein "Null-Tarif im ÖPNV" etwas. Notwendig sind Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, staatliche, aus Unternehmergewinnen finanzierte Beschäftigungsprogramme, Rücknahme der Hartz IV-Gesetze und der anderen Maßnahmen des Sozialabbaus. Nicht zuletzt: Abrüstung statt Sozialabbau!

Aber das kann ja nicht bedeuten, dass vor Ort, in den Kommunen, in Dortmund, nicht eigenständig gehandelt wird, um die Lebenssituation vieler Dortmunder, die von der kapitalistischen Krise existenziell betroffen sind, zu verbessern. OB Langemeyer hat genau wie die Vertreter von Grünen/CDU/FDP den mit Hartz IV verschärften Sozialabbau nicht kritisiert, nicht dessen Rücknahme verlangt. Im Gegenteil: Er hat finanzielle Verbesserungen für den maroden Stadthaushalt versprochen. Musterschüler in Sachen "1-Euro-Jobs" waren er und Sozialdezernent Pogadl. Impulse und Initiativen zur Verbesserung der sozialen La-

ge sind von ihnen nicht zu erwarten. Ihr oberstes Ziel ist die umfassende Verwertbarkeit menschlicher Arbeitskraft zu möglichst profitablen Bedingungen für das Kapital. Schaffen von modernen "1-Euro-Tagelöhnern"? Ja, bitte.

Die Dortmunder Sozialdemokraten sind mit dabei und rühmen sich ihrer "Erfolge". Verfolgt man die offizielle politische Debatte über Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren, so fällt ein Vorwurf bürgerlicher Politiker an die Adresse Arbeitsloser besonders auf: Fehlende Mobilität. Die Arbeitslosen seien angeblich nicht bereit, sich den Kapitalanforderungen gemäß zu bewegen, umzuziehen, längere Fahrwege in Kauf zu nehmen usw. usf. Während sich alle Etablierten einig waren, zur Erlangung eines Arbeitsplatzes müsse "die Mobilität gesteigert werden", suchte man das Thema "Mobilität" als das Grundrecht, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, als das Recht auf räumliche Veränderung und menschliche Bereicherung vergebens.

Alle erdenklichen Waren werden über Ländergrenzen hinweg hin- und hergeschickt. Ohne Rücksicht auf Aufwand, Energie und Umweltschäden. Ganz allein um des höheren Profites willen. Mobilität - die entsprechenden finanziellen Mittel vorausgesetzt - gilt als Zeichen der Moderne, der Kommunikation, wird als Teil von Lebensqualität gesehen. Für Millionen von Menschen bundesweit, für zehntausende Dortmunder, gilt das nicht. Ohne Gesetze und Verbote, nur über die unsichtbaren Hände des Marktes, sind sie ihres Rechtes auf Mobilität beraubt. Besuche bei Verwandten, Freunden, Bekannten, das Kennenlernen anderer Räume und Orte, die Wahrnehmung kultureller und gesellschaftlicher Angebote, dies und vieles mehr kann für Arbeitslose und Arme nur sehr eingeschränkt oder gar nicht stattfinden.

Es ist ein bodenloser Skandal der Dortmunder Ratsparteien SPD/Die Grünen/CDU/FDP, dass sie alles für den Ausbau eines kommunalen Flughafens zu einer "Drehscheibe Europas" tun, nichts jedoch, damit Arbeitslose von einem Stadtteil zum anderen gelangen können.

Im Bündnis mit Betroffenen und sozialen Initiativen werden wir dies nicht einfach hinnehmen. Schon jetzt sind Maßnahmen und Schritte möglich, mit denen die Situation Arbeitsloser und Verarmter verbessert wird. Solche Maßnahmen können und müssen auf kommunaler Ebene erfolgen. Ein Schritt in diese Richtung heisst:

- **Null-Tarif bei Bus und Bahn für Arbeitslose und Verarmte!**
- **Für einen "Dortmund-Pass" ohne Diskriminierungen!**
- **Für das Ausweiten der kommunalen Leistungen!**
- **Weg mit Hartz IV! Schluss mit dem Sozialabbau!**